

15./X. 1916

Dr. Helfferich über Kriegs- und Friedenswirtschaft.

In der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses schilderte Staatssekretär Helfferich zunächst die Zerstörung von Milliardenwerten in den Kriegsgebieten des Elsaß und Ostpreußens, den Kapitalverlust der Reedereien, den Einfluß der Metallbeschlagnahme auf die Anschaffung und Ergänzung von Maschinen und die Verringerung in der Verwendung des Kapitals, das weniger für die Volkswirtschaft als für Kriegszwecke arbeitet, woraus sich wieder die Geldanhäufung in Sparkassen und Banken erklärt, die die gewaltigen Zeichnungen auf die Kriegsanleihen möglich macht. Unser im Ausland arbeitendes Kapital ist durch die Sequestrierung und Liquidierung der ausländischen Anlagen geschädigt, ebenso durch die Entwertung der ausländischen Wertpapiere. Menschliche Arbeit ist zerstört durch die Todesopfer des Krieges und durch die Verkrüppelungen, die der Volkswirtschaft Kräfte entziehen, und dabei ist auch zu bedenken, daß die noch vorhandenen Arbeitskräfte hauptsächlich für Krieg und Kriegsarbeiten verwendet werden. In diesem Zusammenhang wies der Staatssekretär auf die gewaltige Zunahme der Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte hin, die natürlich im Interesse unserer nationalen Zukunft so bald als möglich wieder zurückgehen muß.

Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft soll unter staatlicher Führung erfolgen; deshalb hat die Bundesratsverordnung vom August 1914 einen Reichskommissar für die Ubergangswirtschaft eingesetzt. Seine Hauptaufgabe wird sein: die Zurückführung der Soldaten in die Friedenswirtschaft, die Beschaffung der notwendigen Arbeit, die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Herausziehung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte, die Wiederherstellung der zum Teil aufgehobenen Arbeiterschutzgesetzgebung. Für das Kapital kommt besonders Ausnützung und Steigerung der Produktion und äußerste Sparsamkeit in Betracht, wie sie jetzt schon während des Krieges geübt wird, Rückbildung des Kapitals für Friedenszwecke, Kreditbeschaffung für feststehende und bewegliche Anlagen, Kreditbereitstellung für den städtischen Grundbesitz und für die Reedereien, Wiederbelebung des jetzt vollkommen ausgeschalteten Handels, Verbesserung der Währung und Flüssigmachung der in Kriegsanleihen festgelegten Kapitalien.

Der Staatssekretär teilt also das ganze Problem der Ubergangswirtschaft in drei Hauptprobleme: Arbeiterfragen, Kreditbeschaffung, Rohstoffversorgung. Vorläufig hat sich der Reichskommissar besonders mit der Rohstoffversorgung, dem Transportwesen und der Währung zu beschäftigen. Diese drei Fragen wären zu lösen durch Verwaltung, Gesetzgebung und Heranziehung von wirtschaftlich technischen Kräften; die letzteren sind neu zu organisieren. Mitarbeiter sollen aus allen Kreisen der praktischen Berufe auf den Gebieten der Währung, der Reederei, der Finanzen, des Handels, der Industrie und Landwirtschaft zugezogen werden. Es ist die Errichtung eines großen Beirates mit Unterabteilungen beabsichtigt, denen die Prüfung der Bedürfnisse zustehen soll. Die Durchführung der Beschlüsse obliegt natürlich dem Reichskommissar und dem Reichsamt des Innern. Der Staatssekretär schloß seinen Vortrag mit der Erklärung, der Hauptzweck des Reichskommissars sei, sich so schnell als möglich überflüssig zu machen, das heißt, seine Arbeit so schnell es geht zu beenden.

Mit diesen Ausführungen erklärten sich die Sprecher aller Fraktionen im großen und ganzen einverstanden, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die sehr vieles von dem, was während des Krieges auf dem Gebiete der Zuteilung geschehen ist, auch in den Frieden hinübergenommen zu sehen wünscht.

Ein von nationalliberaler Seite angeregter und von den Sozialdemokraten eingebrachter Antrag dahin, daß der Ausschuß auch während der Beratungen des Reichstages seine Beratungen fortsetzen sollte, wurde vorläufig zurückgestellt. Der Ausschuß wird seine Beratungen zunächst mit der Rohstofffrage beginnen. Die Einberufung der nächsten Sitzung ist dem Vorstehenden überlassen.